

mons
ortumstraße 3.
Mantel, Ve-
vine-Mantel,
sch-Mantel,
an-Mantel,
Mantel,
-Mantel,
-Mantel,
der, Tailles
usen, Rörke,
Jumper und
-Mantel

mons
ortumstraße 3.
Konfektion.

chaft
uachten. Kau-
rtina Meierzen

uchen
den Angestellten,

Wohnung
gskosten werden
findungssumme.

ntüren-Groß-
ng
en, eingeführten
den.

an
Langendree,
rfr 28.

ansässige gut
großbirei ver-
e-Fabrik sucht
nggehend gegen
tichtigen

eter
inkundenschaft der
gut eingeführt

ch melden unter
schäftsst. d. Ztg.

äter
lichkeit; Motor-
Bewerbungen mit
n Erfolge unter
senstein & Bogler.

Wima
artenkies
verschiedenen
rben und Kör-
ngen wieder vor-
räftig.

Glenträger,
Baumaterialien
W o c h u m
n Baumaterialien
n Baumaterialien

Holralsgesuche
bevermittlung
Fortuna"

rau B. Wofodl
W o c h u m
rfr 10. pt.
W o c h u m
rfr 10. pt.
W o c h u m
rfr 10. pt.

W o c h u m
rfr 10. pt.
W o c h u m
rfr 10. pt.

W o c h u m
rfr 10. pt.
W o c h u m
rfr 10. pt.

W o c h u m
rfr 10. pt.
W o c h u m
rfr 10. pt.

W o c h u m
rfr 10. pt.
W o c h u m
rfr 10. pt.

W o c h u m
rfr 10. pt.
W o c h u m
rfr 10. pt.

W o c h u m
rfr 10. pt.
W o c h u m
rfr 10. pt.

W o c h u m
rfr 10. pt.
W o c h u m
rfr 10. pt.

W o c h u m
rfr 10. pt.
W o c h u m
rfr 10. pt.

W o c h u m
rfr 10. pt.
W o c h u m
rfr 10. pt.

W o c h u m
rfr 10. pt.
W o c h u m
rfr 10. pt.

W o c h u m
rfr 10. pt.
W o c h u m
rfr 10. pt.

Erheint wochentags morgens.

Bochumer Zeitung

Einzelnummer 120 Millionen M.

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt

Allmähliches Kreisblatt für Stadt und Landkreis Bochum

Druck: Buchdruckerei W. H. Schimpf, Kommanditgesellschaft Bochum.

Verlag: Märkischer Sprecher, G. m. b. H., Bochum. Geschäftsstelle: Dudenbergstr. 11, Fernsprecher 125.
Postfachkonto Dortmund Nr. 3695. Schriftleitung: Dudenbergstr. 4, Fernsprecher 125.

Nr. 157.

Donnerstag, den 25. September 1924.

96. Jahrgang.

Die weiteren diplomatischen Schritte.

Beratungen im Berliner Auswärtigen Amt über die Voraussetzungen für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. — Ein nochmaliger Ministerrat zur endgültigen Beschlussfassung.

Formulierung einer Denkschrift.

TU. Berlin, 24. Sept. Wie von zuverlässiger Stelle mitgeteilt wird, ist das Auswärtige Amt damit beschäftigt, ein Memorandum aufzustellen, in dem die Voraussetzungen für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund noch einmal formuliert werden. Es ist vorgesehen, daß in diesen Tagen nochmals ein weiterer Ministerrat stattfindet, der über dieses Memorandum Bescheid fassen wird. Wie der Telegraphen-Union aus Kreisen der Reichsregierung mitgeteilt wird, ist das erwähnte Memorandum als eine Fortsetzung der Aktion aufzufassen, die die Reichsregierung seit der Zeit der Denkschrift zum englischen Premierminister MacDonald begonnen hat.

Bei den Fragen, die in dem Memorandum niedergelegt sind, dürfte es sich im wesentlichen um dieselben Punkte handeln, die am vergangenen Montag Gegenstand einer Aussprache zwischen Dr. Stresemann und dem englischen Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, waren. Die Meinung, daß die gestrige Aktion der Regierung auf einen unmittelbaren Rat MacDonalds zurückzuführen sei, ist insofern nicht ganz richtig, als Meldungen aus London zufolge der englische Premierminister mit der Ansicht war, Deutschland solle sich erst bei einem Vertrauensmann des Völkerbundes vergewissern, ob Deutschland unter den von ihm selbst gestellten Voraussetzungen Zutritt zum Völkerbund erlangen werde. Dr. Stresemann hat sich nunmehr nicht für den bezeichneten Vertrauensmann entschieden, sondern sich entschlossen, die erwähnte Anfrage an die Mächte, die im Völkerbundsrat vertreten sind, selbst zu stellen.

Über das Memorandum selbst verläutet, daß es in zwei Teile zerfällt. Einige Punkte sind als unerlässlich für Deutschlands Eintritt bezeichnet, andere werden mehr in Form von Vorschlägen gebracht. Zu den unerlässlichen Voraussetzungen dürfte insbesondere die Frage des Schuldbeitrages gehören. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird vorausgesetzt, daß die jetzt eingeleitete Aktion Erfolg hat, aller Wahrscheinlichkeit nach in dieser Session nicht mehr erfolgen. Das ergibt sich schon allein aus technischen Erwägungen. An Kreisen der Reichsregierung rechnet man damit, daß Deutschland etwa im Dezember im Völkerbund vertreten sein wird.

Der Streit, der sich an das angebliche Gespräch Lord d'Abernon mit Dr. Stresemann über die Völkerbundsfrage anknüpft, hat, wie uns zuverlässig mitgeteilt wird, jetzt als erledigt anzusehen. Lord d'Abernon hat neuerdings dem Außenminister bestätigt, daß in London über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sowohl mit Stresemann als dem deutschen Botschafter Schamer nicht gesprochen worden sei.

eca. Berlin, 24. Sept. Ein zweiter Kabinettsrat über die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund wird, wie wir aus der Regierung nachstehenden Kreisen erfahren, vermutlich erst dann stattfinden, wenn das Ergebnis der Anfragen der deutschen diplomatischen Vertreter im Auslande vorliegt.

Berlin, 24. Sept. Die Dienstagsitzung des Reichskabinetts war nur die Einleitung der politischen Entscheidungen, die sich jetzt voraussichtlich in schneller Reihe folgen werden. Der Reichskanzler wird morgen und übermorgen mit den Regierungsparteien über die großen innen- und außenpolitischen Fragen eine flüchtige Aussprache herbeiführen, im Anschluß daran wird auch bezüglich der Erweiterung des Reichskabinetts, die in enger Verbindung mit der Völkerbundsfrage steht, die Entscheidung der Regierung fallen. Der Auswärtige Ausschuss tritt am Wochenende, der Reichstag am 15. Oktober zusammen. Es ist weiter mitzuteilen, daß Herr Stresemann Dienstag vormittag vor der Kabinettsitzung in der englischen Botschaft war und daß am Dienstag mittag der belgische Gesandte im Auswärtigen Amt vorgespochen hat.

Berlin, 24. Sept. Wie die Blätter hören, werden, sobald die Antworten der Mächte auf das deutsche Memorandum über die Frage des Beitritts Deutschlands in den Völkerbund eingetroffen sind, die Vertreter der Länder zusammenberufen werden.

Preßeffekt zum Kabinettsbeschluss.

Berliner Blätteräußerungen.

TU. Berlin, 24. Sept. Die „Germania“ urteilt: „Diese Entscheidung ist ein außenpolitischer Fortschritt, sicherlichsch wohl der erste, der in dem ereignisreichen Jahre 1924 getan wurde.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ kommt zu dem Schluss: „Im ganzen ist der Beschluss des gestrigen Kabinettsrates zu billigen. Er bildet einen guten Ausgangspunkt in jeder Beziehung.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ meint, daß die Sache noch nicht vorüber sei.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt: „Es wurde ein Bericht herausgegeben, das nicht als sachmännliches Kunstwerk angesehen werden kann.“

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ sagt: „Die gestern mitgeteilte Entscheidung der deutschen Reichsregierung in der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ist nicht der Antrag selbst, aber eine bestimmte diplomatische Ankündigung dieses Antrages.“

Die „Deutsche Zeitung“ schreibt: „Es ist unseres Ermessens geradezu unerantwortlich, zu erklären, daß Deutschland den Eintritt in den Völkerbund für erstrebenswert hält.“

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: „Dieser Beschluss der deutschen Regierung ist ein Schritt, der die diplomatische Linie der Regierung auf den Punkt bringt, auf dem sie stehen muß.“

Der „Vorwärts“ schreibt: „Auf Grund unserer Kenntnis der Dinge neigen wir der Auffassung zu, daß es der Regierung mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund durchaus ernst ist. Wir fassen die Regierungserklärung so auf, daß sie doch ein außenpolitisches Programm ist mit einer geraden Linie und einem bestimmten Ziel.“

Englische Urteile.

TU. London, 24. Sept. Der deutsche Beschluss, demnächst den Versuch zu machen, unter bestimmten Bedingungen in den Völkerbund einzutreten, findet in den englischen Morgenblättern keine besonders günstige Aufnahme.

So erklärt die „Times“ in einem Leitartikel über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund u. a.: Die deutsche Regierung hat gestern den Entschluss gefasst, sich einen baldigen Eintritt in den Völkerbund zu sichern. Die im Berliner Bericht für den beabsichtigten Schritt angegebenen Gründe bedürfen keines sofortigen Kommentars. Es genügt zu sagen, daß einzelne Sätze in den Dokumenten zweideutig sind, und andere einigermassen tafflos. Deutschlands Stellung als Großmacht ist unumstößlich, und wenn Deutschland in den Bund der Nationen eintritt, so muß das unter den nämlichen Bedingungen, wie unter den Bedingungen der anderen Mitglieder des Völkerbundes geschehen. Die Bezeichnung „Großmacht“ ist zweifellos in der Absicht gebraucht worden, einen Anspruch auf eine permanente Stellung, d. h. wie diese gegenwärtig England, Frankreich, Italien und Japan einnehmen, zu erheben. Dieser Anspruch ist im wesentlichen nicht unbegründet, obwohl er sich im Augenblick als unbillig erweisen kann. Er scheint in der Tat den starken Widerpruch Frankreichs hervorgerufen zu haben, und zwar in jenen Blättern, die im allgemeinen die Regierung Herriot unterstützen.

Der Widerhall in Frankreich.

TU. Paris, 24. Sept. An Hand allgemeiner Informationen läßt sich sagen, daß Frankreich einem sofortigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht zustimmen wird. Für die ablehnende Haltung der französischen Regierung sind verschiedene Gründe maßgebend. Als einen der wichtigsten läßt man den gelten, daß Deutschland die Abrüstungsklausel noch nicht erfüllt habe. Auf französischer Seite besteht die Ansicht, sich einer Erklärung der Internationalen Militärkonferenzmission durch ein Organ des Völkerbundes vor der erreichten Durchführung der Kontrolltätigkeit, die noch drei Monate dauern soll, entscheiden zu widerstehen.

Ueber die tieferen Gründe, die für diese Einstellung des Pariser Kabinetts maßgebend sind, läßt sich die Presse in bemerkenswerter Offenheit aus.

„Journal des Debats“ stellt fest, daß Deutschland, wenn ihm ein ständiger Sitz im Völkerbundsrat zur Verfügung gestellt werde, die Gelegenheit wahrnehmen werde, eine Revision des Versailler Vertrages herbeizuführen. Wenn Deutschland einen ständigen Sitz im Rate erhalte, so habe es sich damit die Stellung einer europäischen Großmacht wieder verschafft, die es in die Lage versetzen würde, in sämtlichen wichtigen Fragen einzugreifen und seinen Einfluss zur Verteidigung seiner Interessen auszuüben. Das Blatt — wie auch der „Temps“ — versucht nachzuweisen, daß, wenn Deutschland einen Sitz im Völkerbundsrat erhalte, Polen seine orts eine Vertretung im Rate beanpruchen könne. Es dürfte sonst der Fall eintreten, daß Deutschland die oberste Stelle in der Interessengruppe wahrnehmen könnte.

„Le Nouvelliste“ billigt die Antwort, die Briand als Vertreter der französischen Delegation Ranken gegeben hat. Die Zulassung zum Völkerbund ist durch sein Statut geregelt. Hierunter kann es auf keinen Fall eine Ausnahme geben.

„Gaulois“ betrachtet den Beschluss des Berliner Kabinetts als letzten Versuch zu einem Aufbruch, und meint, daß die Alliierten schon wieder auf dem Wege der Konzeptionen seien.

„Echo de Paris“ schreibt: Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist eine ernste Sache. Statt eine Gunst zu sein, um die es nachsuchte, ist es jetzt gewissermaßen eine Gefährlichkeit, um die es feilscht. Dieses Paradoxon ist eine logische Folge der augenblicklichen Politik unserer Regierung, die von dem Wunsche beseelt ist, die Gewalt als Grundlage der Verträge durch freie Zugeständnisse zu ersetzen. Man muß, um kurz zu sein,

anerkennen, daß Frankreich bei diesen Dingen wieder von England vorangetrieben wurde.

„Petit Parisien“ schreibt: Wie Briand es gestern erklärte, und ohne der Antwort vorzugreifen, die durch Herriot anläßt, der diplomatischen Verhandlungen Deutschlands gegeben werden kann, ist es wahrnehmlich, daß der Standpunkt der französischen Regierung der gleiche bleibt, den Herriot in seiner Rede am 7. September in Genf erläuterte.

Ein englisches Dementi.

TU. Paris, 24. Sept. Nach einer Neutermeldung aus London wird die Meldung, wonach Lord d'Abernon in Berlin eine Note übergeben werde, die die Auffassung des britischen Kabinetts betreffend die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zum Ausdruck bringe, absolut bestritten. In Berlin haben wohl private Besprechungen stattgefunden. Immerhin erklärt die englische Regierung erneut, daß sie den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gern sehen würde.

Der Völkerbund zur Aufnahmefrage.

Zürich, 24. Sept. Der „Tag-Anz.“ meldet aus Genf: Die alliierten Delegationen haben am Dienstag bis zum späten Abend gemeinsam getagt. Die italienischen Delegierten informierten am Spätabend ihre Pressevertreter dahin, daß man einer Abweichung von den Vorschriften für die Aufnahme in den Rat erst nachher treten könne, wenn der deutsche Aufnahmeantrag vorliegt. Die Erwartungen, daß Deutschland in Genf noch vor Konferenzende den Aufnahmeantrag stellen wird, haben sich nicht geändert. Relativ die französische Delegation verbreitet Informationen, wonach sie die deutsche Erklärung als vorläufiges Fernbleiben vom Völkerbund auffassen müsse.

Basel, 24. Sept. Die „Bas. N. A.“ melden aus Genf: Nach Bekanntwerden der Erklärung der deutschen Delegation ist in Genf vom Präsidenten Molta Bemühungen bei den Delegationen aufgenommen worden, die Völkerbundsatzung zu einer formellen Einladung an Deutschland zu einigen. Ob diese Bemühung Mottos durchführbar ist, hängt ausschließlich von der Haltung der französischen Delegation ab.

Die Aufnahme Deutschlands im Januar?

TU. Paris, 24. Sept. Savas meldet aus Genf: Man ist hier der Auffassung, daß im Januar eine außerordentliche Tagung des Völkerbundes stattfinden, deren ausschließliche Aufgabe darin besteht, die Entscheidung über die Aufnahme Deutschlands, der Türkei und anderer Staaten, die bis dahin einen Aufnahmeantrag gestellt haben, zu treffen.

Außerordentliche Völkerbundstagung?

eca. Paris, 24. Sept. Nach dem Intransigant beginnt man in Genf von einer bevorstehenden außerordentlichen Tagung des Völkerbundes wegen der Zulassung Deutschlands zu sprechen.

Die Vernichtung von Rekrutierungs- Urkunden.

Berlin, 24. Sept. In Ausführung der von der internationalen Militärkommission auf Grund des Versailler Vertrages gestellten Forderung zur Vernichtung aller bei den Zivilbehörden vorhandenen Urkunden, Listen, Stammbögen usw., die gegebenenfalls eine Rekrutierung und überhaupt Mobilisierungsmassnahmen erleichtern könnten, erließ, wie der amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, der preussische Minister des Innern eine Verfügung, nach der alle auf die Mobilisierungsvorbereitungen bezüglichen Listen der Zivilbehörden, sowie die Mobilisierungspläne und aus der Zeit vor und während des Krieges stammenden Akten zur Durchführung der Rekrutierung, insbesondere auch die Landwehr- und Landsturmrollen, vernichtet werden sollen. Von der Vernichtung sind eine Reihe von Akten ausgeschlossen, die für die Bildung etwaiger Wieder-einbürgerungsanträge benötigt werden könnten, oder aus denen sich Rechte für den Fiskus ergeben, oder solche Akten, die für die Übungen der Reichswehr und für den Fall ihrer Eingliederung zur Bekämpfung von Unruhen aus weiterem von Wert sein könnten. Die Akten sollen eingestampft werden. Bei der Vernichtung der Akten müssen zwei besonders zuverlässige Beamte aus dem Bereiche der zuständigen Aufsichtsbehörde zugegen sein. Von den beiden Beamten ist möglichst an Ort und Stelle eine förmliche Niederschrift über die Vernichtung aufzunehmen.

Umwandlung des Ministeriums für die besetzten Gebiete?

TU. Berlin, 24. Sept. Wie die Telegraphen-Union erfährt, besteht bei der Reichsregierung die Ansicht, das Ministerium für besetzte Gebiete in absehbarer Zeit in ein Staatssekretariat umzuwandeln, das wie früher dem Reichsministerium angegliedert würde. Bisher liegen feste Beschlüsse noch nicht vor, doch ist nicht anzunehmen, daß diese Frage gleichzeitig mit der Auflösung der Kabinettsumbildung aufzuheben wird.

Der Kabinettsbeschluss.

Das Ergebnis der Kabinettsitzung am Dienstag brachte keine Ueberraschung, wohl aber eine angenehm empfundene Bestätigung dessen, was man nach der bestehenden internationalen wie nationalen Situation als kommend voraussehen mußte. Raum war jedoch die Regierungserklärung in die Welt hinausgedrückt, als sich auch schon an sie in der Pariser und Londoner Presse eine Anzahl von Auslegungsversuchen hefteten. Uns dünkt, es ist eigentlich nicht viel auszulegen an dem Beschluss des Kabinetts; man muß ihn nur richtig lesen. Ganz klar ist die prinzipielle Bereitschaft Deutschlands, in den Bund einzutreten, ausgedrückt. Ebenso deutlich wird ein solcher Schritt von einigen Vorbedingungen abhängig gemacht, für deren Berechtigung es unersetzlich keinen Zweifel gibt. Unklar ist also nichts an diesem Beschluss selbst, unklar ist nur, ob sich die deutschen Voraussetzungen erfüllen lassen. Um sich darüber ein Urteil zu bilden, wird die deutsche Regierung bei den in Betracht kommenden Mächten abschließende Sondierungen vornehmen lassen, die sich in der Hauptsache auf die bekannten zwei Punkte beziehen, ob bel Deutschlands Eintritt nicht eine nochmalige Anerkennung der Kriegsschuldbestimmung des Versailler Vertrages verlangt und ob Deutschland als Großmacht mit Mitsprache aufgenommen wird.

Wir halten den Entschluss des Ministerrats als der internationalen Lage in jeder Beziehung angemessen. Durch die Erklärung der grundsätzlichen Bereitschaft zum Eintritt in den Völkerbund, was es nicht jederzeit, wie die Dinge auch ausgehen mögen, verantworten könnte. Eine Festlegung auf den Eintritt ist keineswegs erfolgt. Eine solche wäre auch nicht anzuraten. Denn wenn man Deutschland, wie die diplomatische Fühlungnahme bald erweisen dürfte, den Eintritt nur unter Bedingungen gestattet wolle, die gegen seine nationale Ehre und gegen seine Interessen verstoßen, so würden wir besser tun, draußen zu bleiben. Dadurch, daß Deutschland jedoch die Voraussetzungen für seinen Eintritt formuliert, und da diese Voraussetzungen schließlich solche sind, die von der unvoreingenommen urteilenden Weltmeinung aufgehen werden müssen, ist Deutschland mit vollem Recht in der Lage, die Verantwortung für ein Mislingen seiner Demarche von sich zu weisen. Ein solches moralisches Salvo zu unseren Gunsten würde sich auf jeden Fall für uns in der Zukunft auswirken, denn jede neue politische Bilanz rechnet die aktiven und passiven Posten der früheren auf. Es ist aber auch nötig, daß die von Deutschland gestellten, in Form und Inhalt maßvollen, Bedingungen nicht noch nachträglich durch radikalisierte Forderungen einen Zuwachs erhalten, der uns nur zum Schaden gereichen kann.

Wenn wir der Regierung grundsätzliche Bereitschaft zum Eintritt nicht nur als der gegenwärtigen politischen Situation sondern auch als der ganzen Nachkriegs-Weltverfassung angemessen betrachten, so sind wir andererseits ebensosehr der Meinung, daß Deutschland seinen Eintritt weder zu überstürzen noch etwa gar dem Völkerbundsmitgliedern nachzulaufen braucht. Der Völkerbund ist noch ganz und gar nicht das, was er sein könnte, und wenn Deutschland in ihm eintritt, so hat es in erster Linie die Möglichkeit, seine Stimme dazu zu benutzen, die praktische Tätigkeit des Völkerbundes den idealen Linien anzunähern, die ihm im Völkerbundsstatut vorgezeichnet sind, denen sich jedoch die reale Arbeit bis jetzt wenig anpaßt. Wir sagen: die Möglichkeit. Ueber die wirklichen Erfolgsaussichten solcher Bemühungen denken wir allerdings nicht allzu optimistisch. Das Völkerbundsstatut selbst trinkt an einem ungeheuren Zweifel: Es sucht die Aspirationen der Siegerstaaten mit dem allgemeinen idealen Interessen der Menschheit in Einklang zu bringen. Daß dies sowohl theoretisch wie praktisch ein unmögliches Unterfangen ist, liegt auf der Hand. Es kann uns nun in der Hauptsache nichts daran liegen, an Stelle dieses Statuts ein neues und uninteressanteres zu setzen, das vielleicht ebenso auf dem Papier stehen bleibt. Viel mehr wird es uns auf die praktische Arbeit, auf die Ergebnisse, auf den Einfluß unserer Mitwirkung ankommen. Das Wort sie können lassen laßt.

Nur der Völkerbund aber wird ein wahrer Bund der Völker, der Menschen, sein, der Sieger wie Besiegte mit gleicher Rat- und Machtbefugnis in sich aufnimmt. Andernfalls ist der theoretische Grundgedanke des Völkerbundes, an Stelle der Entscheidung durch die Gewalt die durch das Recht zu setzen, unterhöthlich. Und wir verbleiben unter Gewaltentfesslungen nicht nur etwaige zukünftige, sondern auch vergangene. Nur unter diesen Voraussetzungen kann dieses große Experiment, denn mehr ist in Wirklichkeit der ganze Völkerbund, unter tieferem und weiterem Horizont betrachtet, vorerst nicht, einstmals glücken.

Dr. R.

der aber nicht zur Ausführung gelangte. In dem Com-
munique heißt es: Kurz vor der Abfahrt Herrlots aus
dem Rambouillet trat eine dunkel gekleidete Dame,
die sehr aufgeregt zu sein schien, vor den Nachposten und
händelte ihm einen Revolver aus, wobei sie erklärte, daß
sie die Wache habe, auf den Ministerpräsidenten zu schie-
ßen, aber nicht den Mut besäße, ihren Plan auszuführen.
Die Dame wurde dem Polizeikommissar vorgeführt, der
ihre Identität feststellte. Sie behauptet, daß sie in
ihren privaten Interessen geschädigt worden sei. Alles
läßt darauf schließen, daß es sich um eine Geistesgestörte
handelt.

Bei ihrer Vernehmung gab sie weiter an, sie habe ihr
Vorhaben im letzten Augenblick aufgegeben, weil die
Persönlichkeit Herrlots auf sie einen so sympathi-
schen Eindruck gemacht habe.

Umbildung des Kabinetts Herriot?

TU. Paris, 24. Sept. Das Pariser „Rappel“
macht sich zum Echo der in Genf umgehenden Gerüchte,
daß Riand und Loucheur die Absicht hätten,
in das Kabinett Herriot einzutreten. Eine Umbildung
des Kabinetts soll unmittelbar nach der Rückkehr die-
ser beiden Persönlichkeiten aus Genf stattfinden. Bri-
and würde das Ministerium des Äußeren überneh-
men, Loucheur an die Stelle des Handelsministers Re-
noldi treten.

Der englisch-russische Vertrag in Gefahr.

Krasin kommt nach London.

TU. London, 23. Sept. Der Unterstaatssekretär im
Auswärtigen Amt, Bonjomb, ist in letzter Stunde be-
müht, den russischen Vertrag zu retten. Er bezeichnet den
Vertrag als die einzige Möglichkeit für die englischen
Gläubiger, einen Teil ihrer Forderungen zurückgezo-
gen zu erhalten. Gleichzeitig wird aber klar, daß die Frage
der Unterzeichnung nicht in der Lage sein dürfte, in
diesem Punkte etwas durchzusetzen. Die bevorstehende
Ankunft Krasins in London kann als Beweis für die
Nichtigkeit der Meinung gelten, daß die Regierung sich
inzwischen von der Notwendigkeit einer Änderung
des Vertrages überzeugt hat und daß demnach die
neue Verhandlung stattfinden werden, um den Ver-
trag für die englische Öffentlichkeit annehmbar zu ma-
chen. In dem offiziellen Programm steht man einen all-
gemeinen Rückzug der Regierung. Die Regierung hat
die Gefahr einer Niederlage in der Vertragsfrage bei der
bevorstehenden Neuauflage erkannt und möchte dieser Ge-
fahr unter allen Umständen aus dem Wege gehen. Krasin
wird sich hier bis nach Schluß der Parlamentsdebatte
über den russischen Vertrag aufhalten.

Der Feldzug in Marokko.

Spanische Erfolge?

TU. Paris, 24. Sept. Nach einer Meldung aus
Madrid fanden gestern in Marokko keine größeren
Kampfhandlungen statt. Die spanischen Vorkämpfe hät-
ten aber dazu geführt, daß sich verschiedene kleinere Ka-
bilenstämme unterworfen haben.

London, 24. Sept. „Daily Mail“ meldet aus Tan-
ger, 80 bewaffnete Aufständische hätten sich auf dem
Gebiet vor den spanischen Truppen auf das neutrale
Gebiet von Tanger begeben, wo sie ein Haus umweit
der Grenze besetzt hielten. Internationale Polizeikräfte
hätten sich an Ort und Stelle begeben, um mit den Auf-
ständischen zu verhandeln.

cca. Paris, 24. Sept. Der „Matin“ meldet aus
Madrid: Der Tagesbefehl des Führers der spanischen
Operation in Marokko lautet, daß die in Tetuan und
Zarag befindlichen Abteilungen unverzüglich die Ofen-
stöße ergreifen werden. Man dürfe nicht eine Minute
lang zögern, um die spanischen Truppen und Abteilun-
gen, die in einer schwierigen Lage seien, zu befreien.

Paris, 24. Sept. Wie das aus Madrid berichtet,
erklärte General Primo de Rivera in Tetuan, daß
Spanien Marokko niemals aufgeben
werde. Spanien werde die Gebiete besetzen, die
ihm anvertraut sind.

Ein General mit Arrest bestraft.

TU. Paris, 24. Sept. Wie aus Madrid gemeldet
wird, wurde General Plano, der Oberbefehlshaber der
Zone Genta, von Primo de Rivera mit Arrest bestraft,
weil er sich über die strategischen Pläne des Oberkom-
mandos absprach geäußert hat.

Spanischer Vormarsch auf Scheschanau.

TU. Madrid, 24. Sept. Gestern ist in Marokko
eine starke Expedition nach Scheschanau aufgedro-
hen. Der Expedition sollen Flieger voraus, die
Flugblätter abwerfen, in denen erklärt wird, die
spanische Regierung denke gar nicht daran, Ma-
rokkos zu räumen. Die Lager aller fremden wider-
ständigen Stämme werden in den Flugblättern mit
Fliegerbomben bedroht. Die Gesamtzahl der
gegenwärtig in Nordafrika konzentrierten Truppen
beträgt 120 000 Mann.

Die chinesischen Wirren.

Ein Uebereinkommen zwischen Tschangtschun und der
Sowjetregierung.

Tokio, 24. Sept. Nachrichten aus Moskau zufolge
ist zwischen Tschangtschun und der Sowjetregierung ein
Uebereinkommen abgeschlossen worden, durch das
Tschangtschun die Posten der Regierung aner-
kennt und die Kontrolle der chinesischen Ostbahn be-
treffenden Artikel des russisch-chinesischen Abkommens
vom 31. 5. annimmt.

Der Kampf um Shanghai.

London, 24. Sept. Der Berichtsfaktor der „Daily
News“ meldet aus Shanghai: Die Ruhe im Kampf bei
Shanghai ist darauf zurückzuführen, daß die angreifen-
den Kiangsutruppen erst die Posten um Uebersehung
ihrer schweren Geschütze besetzen mußten. Anzu-
nehmen ist, daß die Eisenbahnlinie bei Kaschin zerstört, um die
Heranführung von Verstärkungen für die Tschangtschun-
armee zu verhindern. „Daily Express“ meldet aus
Shanghai, daß die Tschangtschun-Truppen nur noch 20
Meilen von der Stadt entfernt seien.

Japan und Rußland gemeinsam gegen Peking?

TU. Newyork, 24. Sept. Evening Post bringt
heute die sensationelle Meldung aus Peking, daß
sich Japan und Rußland zum engsten Zusammen-
gehen für den Gouverneur der Mandchukwei gegen
Peking angeschlossen hätten. Es wird durchaus
mit der Möglichkeit eines ostentativen Eingriffs
der beiden Mächte in der Mandchukwei zu rechnen
sein, falls die Truppen der Peking-Regierung
nach Norden durchbrechen sollten. Die Unterzeich-
nung eines russisch-japanischen Vertrages zur Un-
terstützung der Mandchukwei steht in kürzester Zeit
bevor.

Preussischer Landtag.

334. Sitzung.

Berlin, 24. Sept.

Vizepräsident Dr. Porck eröffnet die Sitzung
um 12 1/2 Uhr.

Zur Beratung stehen zunächst die Anträge des
Ausschusses auf

Aufhebung bzw. Abänderung der Personalabba-
verordnungen.

Der Ausschuss hat nur den Antrag der Deutsch-
nationalen, das Staatsministerium zu ersuchen, auf
die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß durch
die baldige Vorlage eines entsprechenden Reichs-
gesetzes die Hemmnisse beseitigt werden, die einer
entsprechenden Änderung der Preussischen
Personalabbauperordnung vom 9. Februar 1924
entgegenstehen, zur Annahme empfohlen, dagegen
alle übrigen Anträge der Sozialdemokraten und
Demokraten abgelehnt. Ferner hat die Mehrheit
des Ausschusses Entschlüsse vorgeschlagen auf
Vorlage eines Gutachtens darüber, ob der Abbau
von Wahlbeamten mit der Reichsverfassung in
Einklang zu bringen ist, und bis auf weiteres den
Abbau von Wahlbeamten zu unterlassen. Das
Staatsministerium wird ferner ersucht, entsprechend
den Beschlüssen des Reichstages und dem Vorgehen
der Reichsregierung jeden weiteren Personalabbau
auf Grund der Verordnung einzustellen und die
erforderlichen Anordnungen an die nachgeordneten
Behörden, einschließlich der Kommunalbehörden,
zu erlassen, soweit der Abbau in Preußen in dem
Maße durchgeführt ist, als das mit Rücksicht auf die
Einschränkung des Aufgabenkreises und Abnahme
des Geschäftsumfanges geboten erscheint.

In der Abstimmung wird ein Antrag über
6 a b (Dtn.), die Entschlüsse betreffend ein Gut-
achten des Justizministeriums über den Abbau von
Wahlbeamten und betreffend Aussetzung des Ab-
baues von Wahlbeamten bis zur Nachprüfung die-
ses Gutachtens dem Beamtenausschuß zurückzu-
geben, gegen die beiden Parteien der Rechten abge-
lehnt. In der Entschlüsse betreffend das Gut-
achten wird als Termin der 1. Januar 1925 fest-
gesetzt. Die Entschlüsse werden darauf mit
dieser Veränderung und mit großer Mehrheit
angenommen.

Das Haus geht über zur Beratung des

Haushaushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung.

Der Ausschuss hat dem Plenum eine Reihe von
Anträgen und Entschlüssen zur Annahme vor-
geschlagen, die die Neuordnung der landwirtschaft-
lichen Real- und Personalverhältnisse in ein einfaches
Schätzungsverfahren für die Grundvermögensbesteue-
rung, Steuerbefreiung landwirtschaftlicher Schüz-
zölle, Stenerbefreiung, Ermäßigung der zu hohen
Spanne zwischen Erzeuger- und Konsumentenprei-
sen, Reform der Steuerpolitik usw. betreffen. Der
Referent (Vgl. Dr. M. I. Berg (Dtn.)), geht in sei-
nem mündlichen Bericht besonders auf die erste
Sage der Landwirtschaft, auf die Notwendigkeit
der landwirtschaftlichen Schüzszölle und auf die
Stundung der rückständigen Steuern ein.

Vgl. Giese-Charlottenburg (Dtn.) erstattet den
Bericht des Stempelungsausschusses über die Nach-
weisung betreffend die Stempelungsergebnisse in
Preußen für 1919 und 1922.

Vgl. Held (Dt. Rpt.) erhebt Einspruch gegen die
haltung des Ministerpräsidenten zur Vorlage.

Darauf wird die Beratung abgebrochen.
Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 12 Uhr.
Tagesordnung: Weitere Abstimmungen über die
Entschlüsse zum Beamtenabbau, Weiterbera-
tung des landwirtschaftlichen Etats.

Soziales.

Die Wahlen zur Delegiertenversammlung der Ruhrknappschaff.

Die Wahlen zur Delegiertenversammlung der Ru-
hrknappschaff werden von den neu gewählten Knappschaff-
ältesten befristet erfolgen. Spätestens bis zum 21. Ok-
tober müssen die Stimmzettel in Wahlkreisbüros
dem Wahlkommissar Dr. Zimmermann, Bochum,
Bielefelderstraße, zugehändigt werden. Spätestens bis zum
30. September sind die Vorschlagslisten einzureichen.
Es beteiligen sich auf der Wahlkommission der Wahl
der alte Bergarbeiterverband, Gewerkschaften, Gewerk-
schaften, auf Angestelltenseite die verschiedenen Ange-
stelltenverbände, die sich an der Wahlteilnahme zum ersten
Male beteiligen. Die Vorschlagslisten müssen mit
einem Kennwort versehen sein.

Der Schiedsspruch für die südlichen Randzechen.

Der Gewerkschaften christlicher Berg-
arbeiter erklärt zu der vom Reichsarbeitsminister
erfolgten Verbindlichkeitsklärung des Schie-
dsspruches für die südlichen Randzechen: Wir können
die angeführten Gründe für den Lohnabbau als
berechtigt anerkennen. Der Lohn der Bergarbeiter ist zu
niedrig. Wir sind der Auffassung, daß die Unternehmer
bei gutem Willen die früheren Löhne hätten weiterzah-
len können. Unseres Erachtens ist nicht genügend be-
rücksichtigt worden, daß die meisten südlichen Randzechen
großen, auf hunderten Tausenden angelegten. Das hätte
aber in dem Lohnstreit berücksichtigt werden müssen. Den
Lohnabbau können wir nicht aufheben, damit wurde
auch der Schiedsspruch abgelehnt.

Zum Straßenbahn-Unglück bei Witten.

Witten, 24. Sept. Die Verletzten des
Straßenbahnunglücks. Wie wir erfahren, hat
sich bei verschiedenen der bei dem gestrigen Straßen-
bahn-Unglück am Crengeldahn schwer Verletzten der
Zustand verschlimmert. Besonders schwer darnieder-
liegen, wie uns vom Witterer Marienhospital
mitgeteilt wird, Robert Widdelorf, dem bekannt-
lich beide Beine abgequetscht wurden, und Johanna
Wierhoff, die sich eine schwere Kopfverletzung zu-
gezogen hatte. Seinen Verletzungen erliegen ist bis
heute Abend niemand.

Witten, 24. Sept. Am heutigen Vormittag
haben an der Unfallstelle in Gegenwart eines un-
parteiischen Sachverständigen und des Bochumer
Staatsanwalts mehrere Probefahrten mit dem
gestrigen verunglückten Wagen stattgefunden, bei
denen nur wenig beschädigt wurde. Es wurde
dabei festgestellt, daß der Wagen überzeit zum
Steigen gebracht werden konnte. Die Druckschäfte
haben dabei nicht versagt. Der Fahrer, der beim
Unglück den Wagen führte, ist heute erstmals ver-
nommen worden. Er erklärte, im Augenblick des
Unglücks hätte die Bremse versagt, während sie
vorher einwandfrei gearbeitet habe. Die Unter-
suchung ist übrigens noch nicht abgeschlossen, so-
daß sich über die Ursache des Unglücks noch kein
endgültiges Urteil fällen läßt.

Aus den Provinzen.

* Dortmund, 24. Sept. Die Stadtverord-
nenversammlung wurde von dem Vorsteher Bohe mit
den Worten eröffnet: „Es ist leider nicht möglich, ord-
nungsgemäß zu tagen, da die Versammlung nicht be-
schlußfähig ist. Ich möchte noch bemerken, daß morgen
der Magistrat in Berlin mit Minister Seering wegen
Auflösung der Stadtverordnetenversammlung eine Ver-
sicherung haben wird. Sowohl der Regierungspräsident
als auch der Minister erkennen einen Grund zur Auf-
lösung nicht an, da die Mehrheit der Abgeordneten nicht
zurücktritt. Ich bin der Auffassung, daß auch in Berlin
nicht viel erreicht wird, und sich die Bürgerlichen ent-
scheiden müssen, wiederzukommen.“ Die nächste Sitzung
findet nächsten Montag statt. — Ueberfahren. Auf
dem Heiligengraben wurde ein Mann mit einer Handtasche
von einem Auto überfahren. Der Führer des Wagens
fuhr weiter, ohne sich um den Ueberfahrenen zu beküm-
mern. Straßenpassanten sorgten dafür, daß der Ver-
letzte ins Krankenhaus geschafft wurde. Dort ist der
Ueberfahrene seinen schweren Verletzungen erlegen. Der
Name des Autoführers ist festgestellt.

* Duisburg, 24. Sept. Ein Bild vom Woh-
nungsleben. In einem Neubau an der Hafenstraße
war ein Maschinenist, der mit seiner Lebensgefährtin Fa-
mille in einem Zimmer hausten mußte, ohne Genehmi-
gung des Wohnungsamtes einzuziehen. Das Wohnungs-
amt stellte eine Räumungsfrist, nach deren Ablauf vier
Arbeiter die Zwangsäumung vornehmen sollten. Die
Arbeiter weigerten sich jedoch, dem Auftrag nachzukom-
men. Auch vier Strafgefangene des Aufrührer Amts-

gerichtsgefängnisses, die darauf auf dem Neubau geschick-
t wurden, lehnten es ab, die Familie herauszuwerfen. Die
Räumung mußte schließlich von Schulmann durchge-
führt werden, nachdem der Maschinenist in Schutzhaft ge-
nommen worden war.

* Krefeld, 24. Sept. Verhaftung des Mäd-
chens. Unter dem dringenden Verdacht des Mäd-
chenhandels wurden hier zwei junge erwachsene Krefel-
der Schloßer und ein Holländer verhaftet. Sie hatten
sich an ein stellenloses jüngerer Dienstmädchen herange-
macht und ihm versprochen, eine Stellung in Holland
zu beschaffen. Der Holländer war bereits auf der Fahrt
mit dem Mädchen, als die Polizei Wind von der Sache
erhielt, jedoch während der Fahrt die Festnahme beider
in Remen erfolgen konnte.

* Oberhausen, 24. Sept. Töblicher Unfall.
In einer Wirtschaft wurde ein 60-jähriger angestellter
Mann aus dem Lokal verwiesen und schließlich gewalt-
sam auf die Straße geschleift. Dabei kam er vor der Stro-
ze zu Fall, erlitt einen Schädelbruch und blieb tot lie-
gen. Der Wirt wurde festgenommen.

* Bensberg, 24. Sept. Sparrassen direktor
verhaftet. Hier wurde der Direktor der städtischen
Sparrasse zu Sinsia wegen erheblicher Unterschlagungen
und Urkundenfälschung auf Grund eines Haftbefehls des
Untersuchungsrichters in Koblenz von der Bensberger
Polizei festgenommen und der Strafanstalt Koblenz
überwiesen.

* Koblenz, 24. Sept. Ein mörderischer
Beichensund wurde an der Insel Niederwerth ge-
macht. Die Leiche eines etwa 25 Jahre alten unbekan-
ten Mädchens wurde dort aus dem Wasser gezogen.
Nach den äußeren Umständen ist anzunehmen, daß die
Person eines gewaltsamen Todes gestorben ist. U. a.
waren die Hände eingeschlagen, und um die Hüften trug
die Leiche eine Kette, an der zwei schwere Bleiplatten
befestigt waren. Die Leiche wurde von der Gerichtskom-
mission beschlagnahmt.

Letzte Drahtmeldungen.

Vorstandsitzung der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 24. Sept. Der Vorstand der Deutschen
Volkspartei trat heute nachmittag zu einer Sitzung im
Reichstag zusammen. Es wurde die Frage der Regie-
rungsweiterung eingehend erörtert. Jedoch
wurden die Verhandlungen heute nicht zu Ende geführt.
Die Beratungen wurden auf Donnerstag vertagt. Mor-
gen nachmittag wird ein offizieller Bericht über die Be-
sprechungen herausgegeben werden.

Die Kreditverhandlungen des Ruhrbergbaues.

TU. Essen, 24. Sept. Die „Börsliche Zeitung“
glaubt in ihrer heutigen Morgenausgabe feststellen zu
können, daß entgegen anderslautenden Meldungen,
die Verhandlungen über die Gewährung eines 5-Milli-
onen-Dollar-Kredites abgeschlossen seien. Wenigstens mehr
oder weniger bestimmte Informationen, finden sich auch
in Pariser Meldungen der übrigen Presse. Auf Anfrage
ist der „Telegraphen-Union“ dazu von ausländischer Seite
mitgeteilt, daß diese Nachrichten nicht zutreffen. Die
seinerzeit mit einer amerikanischen Gruppe angeknüpften
Verhandlungen über die Gewährung eines 10-Milli-
onen-Dollar-Kredites sind gescheitert. Zugewiesenen
weiterhin aufgenommenen Verhandlungen befinden sich noch
in der Schwebe.

cca. Berlin, 24. Sept. Zur Meldung über die
Ruhrkohlenanleihe wird von gut unterrichteter Seite
mitgeteilt, daß die Widersprüche in den einzelnen Mel-
dungen wahrscheinlich auf die Tatsache zurückgehen,
daß zur Zeit die Verhandlungen ruhen. Die deutschen
Verhandlungsführer halten sich augenblicklich in Paris
auf, um dort gewisse Rückfragen zu stellen. Sie kehren
wahrscheinlich erst im Laufe des heutigen Abends
zurück.

Preisfestsetzung für Reparationskohle.

cca. Paris, 24. Sept. Die gestern benannten Ver-
handlungen zwischen deutschen und alliierten Vertretern
in Paris, über einen Reparationskohlenpreis für Sep-
tember, haben, wie die Eca von zutreffender Stelle er-
fährt, zu einer Preisfestsetzung geführt.

Die Hauszinssteuer im Hauptausschuß des Landtages.

w. Berlin, 24. Sept. Im Hauptausschuß des
preussischen Landtages wurde heute Abend die Be-
ratung der Hauszinssteuer fortgesetzt. Die Regie-
rungspartei einigten sich über einen gemein-
samen Antrag, der die Grundbesitzer mit Rücksicht
auf die schlechte Ernte befreit, die Erhöhung der
Hauszinssteuer ab 1. Oktober (100 Prozent) zwar
eintreten läßt, aber von dieser Erhöhung nur die
Hälfte dem Staate, die andere Hälfte der Förderung
der Neubautätigkeit vorbehalten ist und für den Aus-
fall zum Teil durch eine andere Regelung der
Vollstreckung Deckung schafft. Dieser Antrag wurde
einstimmig angenommen.

Vorbereitungen für einen Handels- und Wirtschaftsvertrag mit Italien.

Berlin, 24. Sept. Wie wir erfahren, sind gestern
Beauftragte des italienischen Handelsministeriums in
Berlin eingetroffen, um mit der deutschen Regierung
über den Wiederabschluß eines Handels- und Wirt-
schaftsvertrages zwischen Deutschland und Italien Vor-
bereitungen aufzunehmen. Die italienischen Herren
sind im Hotel „Excelsior“ abgeblieben.

Der deutsch-italienische Warenverkehr.

Venedig, 24. Sept. Unter dem Vorbehalt des deutschen
Eisenbahndelegierten fand eine Vorversammlung der
auswärtigen Delegierten für die Eisenbahn- und Waren-
konferenz statt. Es wurde eine Einigung dahingehend
erzielt, daß der Verkehr für Waren zwischen Ita-
lien und Deutschland auf der Grundlage von direkten
Preisen ermöglicht werden soll. Man beschloß die Ein-
führung des neuen Tarifs in Lire und die Ernennung
eines Ausschusses für den direkten Verkehr von Waren
zwischen Italien und Deutschland.

Für ein deutsch-italienisches Wirtschaftsabkommen.

TU. Essen, 24. Sept. Die Vereinigung von Indu-
strie- und Handelskammern des niederrheinisch-west-
fälischen Industriegebietes ist durch ihren Vorort, die
Industrie- und Handelskammer zu Essen, beim Auswärti-
gen Amt und beim Reichswirtschaftsministerium wegen
baldiger Verabschiedung des deutsch-italienischen Wirt-
schaftsabkommens in einer besonderen Eingabe vorstellig
geworden.

Belgien zur 26proz. Einfuhrabgabe.

w. Brüssel, 24. Sept. Nach Rückkehr des Minis-
terpräsidenten wird die Frage der Einführung der 26pro-
zentigen Abgabe von der belgischen Einfuhr nach Bel-
gien geprüft werden. Angesichts der Interessen, die

für Belgien bei seinen Handelsbeziehungen zu Deutsch-
land auf dem Spiele stehen, ist vorauszusetzen, daß Bel-
gien in dieser Angelegenheit dem Beispiele Frankreichs
folgen werde.

Kollisionshandlungen in Koblenz.

TU. Koblenz, 24. Sept. Die Besprechungen im
Sonderausschuß für Röhle sind heute beendet, das man
über die Regiefrage zu einem gewissen Ergebnis gelangt
ist. Die Regieverwaltung ist in weitestgehendem Umfang
mit allem Material über die deutschen Tarife versehen
worden, damit sie ihre Dienststellen mit diesem versehen
kann, da sie nach dem Londoner Abkommen verpflichtet
ist, vom 21. September an nur die im unbesetzten
Deutschland geltenden Sätze des deutschen Zolltarifs an-
zuwenden.

Schweres Zerschlagen bei Dortmund.

Dortmund, 24. Sept. Auf der Beche Tiefbau,
Schacht Giesberts, in Hombrodt bei Wuppertal ereig-
nete sich ein schweres Unglück. Mehrere Bergleute
benutzten zur Fahrt zu ihrer Arbeitsstelle recht-
widrig in einem Umbruchsloche einen nur zur
Förderung von Kohlen dienenden Förderkorb, auf
dessen Dach sie sich stellten. Während der Fahrt
löste sich in der Schachtkammer ein schwerer Bal-
ken und stürzte auf die Bergleute. Dabei wurden
zwei Mann getötet und zwei verletzt.

Verheerendes Unwetter an der Dnie.

TU. Petersburg, 24. Sept. Eine Sturmflut
hat Petersburg anlässlich eines Orkans, der die Dnie
und den Wolhynischen Meerbusen heimsuchte, unter
Wasser gesetzt. In einigen Straßen steht das Wasser
drei Meter hoch. Die Sturmflut ist die schlimmste, die
die Stadt seit einem Jahrhundert gesehen hat. Beson-
ders groß sind die Verheerungen im Stadtteil Wasi-
lew Ostrow. Das Fernsprech- und Telegraphennetz
sind außer Betrieb gesetzt. Der Platz vor dem Winter-
palais ist völlig überschwemmt. Der Newski Prospekt
ist in einen breiten Strom verwandelt. Die Zahl der
umgekommenen Menschen ist noch nicht bekannt.

TU. Helsingfors, 24. Sept. Der Orkan, der an der Dnie wüthete, hat an den Küsten große Ueberschwem- mungen herbeigeführt. Seit hundert Jahren hat das Wasser in den südmündlichen Häfen keinen so hohen Stand erreicht. Aus Wiborg und anderen Orten kommen Un- glücksmeldungen. Die Fernsprech- und Telegraphen- linien sind zerstückt. Aus Schweden wird gemeldet, daß viele Morgen Land überschwemmt worden sind. Aus Schweden und Dänemark meldet man gestrandete Schiffe. Alte Seelen behaupten, noch niemals einen solchen Sturm erlebt zu haben. Überall treiben in den Küstengewässern Schiffstrümmern.

Belagerungszustand in Bulgarien.

cca. Konstantinopel, 24. Sept. Die türkischen Be-
setzungen melden, daß der Belagerungszustand über ganz
Bulgarien verhängt worden sei.

Letzte Sport-Nachrichten.

Rasensportverband Bochum v. B.

Wie uns noch in später Ueberrunde mitgeteilt
wird, ist es dem Stelenauschuß des Rasensport-
Verbandes trotz eifriger Bemühungen nicht ge-
lungen, eine qualifizierte Stadtmannschaft
gegen die Mitsprache von Gertje-Hachen
aufzustellen.

Bereine, die sonst bereitwillig einsprangen,
wie Baeer, Linden, Germania und Westfa-
lia, sind durch das Kreisverbot oder durch eigene
Bindungen nicht in der Lage, Spielmaterial frei-
zugeben. Andere dem H. Sp. B. angeschlossene
Bereine verweigerten aus teilweise anzuerkennenden
Gründen die Mitwirkung ihrer in Frage kommen-
den Kräfte.

Der Spiel-Ausschuß hat sich in letzter Stunde
entschlossen, die Vertretung der Stadt durch den
sympathischen Elf des Sp. B. Ehrenfeld zu
übertragen.

Man kann erwarten, daß die geschlossene Elf den
Kampf ehrenvoll beenden wird.

Verantwortlich für Politik, Neuigkeiten und Han-
del: Dr. G. Kiebel; für Lokales, Sport und Letzte
Nachrichten: Ernst Hentke; für Provinziales, den
übrigen Textteil und Unterhaltungsbeilagen: Jul.
Schöndt; für Inserate und Kleinanzeigen: Emil
Wittich, sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

er mit dem nach
hin. Er fühlte
böses Gewissen,
brennende Sehne
sie hatte ja nur
sie ihn noch vor
sie so beleidigt?
Das einzige
an sie zu schreiben
Bei dem Ge
um. Es war in
mexia, und er

In der Nähe des Briefkastens wurden die Stücke mehrfach zerstückelt. Die Briefkasten im Ehrenfeld, lassen vermuten, daß diese Briefkasten schon länger ihr Handwerk treiben. Da die Beaufichtigung der Straßenbriefkästen durch Post und Polizei allein nicht genügt, wird das Publikum gebeten, mitzuhelfen, daß solchen Briefkästen das Handwerk unmöglich gemacht wird. Zur Beachtung sei noch gesagt, daß die Straßenbriefkästen von Postbeamten in Uniform oder von Posthelfern, die ein blaues Armband mit rotem Streifen am linken Arm tragen, geleert werden.

Polizeibericht. Gestohlen wurden: vom Hofe beginn, einer Einfahrt an der Kirsche ein Rad von einer Handkarte, Hammer und eine Kneifzange, vor dem hiesigen Hauptpostamt ein Fahrrad „Gera“. Unter Vorpiegelung falscher Tatsachen ließ sich heute Mittag gegen 12½ Uhr auf der Magistrate ein etwa 24 Jahre alter Mann ein Fahrrad von einem Knaben geben. Der Mann fuhr mit dem Rad davon und ist nicht wieder zurückgekehrt. Es handelt sich um ein gut erhaltenes Herrenfahrrad Marke „Dennhonor“ Nr. 1049499. — Zur Anzeige gelangte 1 Person wegen Diebstahls, 1 Person wegen Urkundenfälschung und eine Person auf Grund eines Haftbefehls.

† Sigmundischer Chor. Die Vortragsfolge des einzigen Konzertes des mit größter Spannung erwarteten Sigmundischen Chores weist in ihrer Aufeinanderstellung die bedeutendsten Vertreter der römischen, spanischen, flämischen und fränkisch-flämischen Schule auf. Als leuchtendes Gekirn treten uns Palastina und Orlando di Lasso entgegen, deren Namen uns auch oft in den Darbietungen der großen Sängervereine und gemischten Chöre begegnen. Mit ihren wundervollen Melodien zu vier, fünf und sechs ungleichen Stimmen werden die kostbaren Perlen ihrer reifen Kunst in unvergleichlicher Schönheit erklingen. Neben diesen Meistern lernen wir Firmin de Vel als hervorragenden Vertreter der fränkisch-flämischen Schule und Ludovico da Vittoria als den bedeutendsten der spanischen kennen. In dem Programm ist dem lateinischen Text stets die deutsche Uebersetzung unterlegt, und jeder einzelnen Komposition sind leichtverständliche Erläuterungen über den Aufbau der musikalischen Themen und des vorliegenden Sinnes beigegeben, so daß jeder Zuhörer schnell die geistige Verbindung mit dem Gesungenen finden kann. (Siehe heutige Anzeige.)

† Neues Operettentheater. Nur noch wenige Tage wird das große internationale Variete-Programm mit seinen 10 Attraktionen vertreten sein. Die ausgearbeiteten Vorzugsarten haben zu diesen Vorstellungen noch volle Günstigkeit. Das Nähere ist aus dem Inserat zu erfahren.

Zur diesjährigen Kartoffelbeschaffung.

Von gut unterrichteter Seite wird uns folgendes geschrieben: Bekanntlich wird die Haltbarkeit der Kartoffeln, obwohl die diesjährige Ernte quantitativ nicht ungünstig ausgefallen ist, durch das lang anhaltende Regenwetter stark beeinträchtigt. Dies trifft leider gerade für die gelbsteifigen Kartoffeln zu, die auf schwerem, festem Boden angebaut werden, während die auf leichtem, sandigem Boden gewachsenen weißfleischigen Sorten gut geraten sind. Die weißfleischigen Kartoffeln werden aber, wenigstens von der hiesigen Verbraucherbevölkerung, abgelehnt, während sie in Mitteldeutschland und im Osten gerade bevorzugt werden. Wenngleich heute im Industriegebiet der Straßenbahn der Kartoffeln in Mengen anboten und auch die Preise eher fallen als steigen, so darf man sich doch nicht darüber täuschen, daß es sich hierbei wohl ausschließlich um Gartenkartoffeln aus hiesiger Gegend handelt, die aus Furcht vor Fäulnis oder aus Geldmangel vorzeitig ausgemacht sind. Die eigentliche Ernte in den Anbaubereichen beginnt erst in diesen Tagen. Jedenfalls wird eine Knappheit und Preissteigerung mit allen ihren Folgeerscheinungen nicht ausbleiben, wenn das kalte Wetter weiter anhält und tatsächlich die Beschaffungen der noch lebenden Preise bezüglich der schlechten Haltbarkeit der Kartoffeln sich bewahren. In richtiger Erkenntnis dieser Sachlage haben sich denn auch die Gemeinden in gesteigertem Maße mit der Frage der Kartoffelversorgung befaßt und z. B. den Weg für die Bevölkerung selbst in die Hand genommen. Wie wir hören, hat auch der Bergbauverein seinen ablehnenden Standpunkt bezüglich der Mitwirkung der Bezirksverwaltungen, der sich auf die bekannte ungünstige finanzielle Lage der Industrie und die schlechten Erfahrungen namentlich im letzten Jahre stützt, insofern geändert, als er die Bezirksverwaltungen angehalten hat, die erforderlichen Beträge ratenweise vom Lohn dann einzubehalten, wenn die Gemeinden den Einkauf und die Ausgabe der Kartoffeln übernehmen. Diese Entwicklung der Dinge ist durchaus zu begrüßen, denn wenn die Gemeinden die Beschaffung und Ausgabe über den örtlichen Handel regeln, besteht die Möglichkeit, jeden sonstigen Zwischenglied auszuscheiden und mit dem Handel unter Zugrundelegung eines angemessenen Verdienstes einen festen Preis zu vereinbaren. Gelingt es, den Einkaufspreis auf ein normales Maß, d. h. auf etwa 3,50 bis 4 Mark je Zentner festzulegen, so würde nicht nur das bringen Interesse der Bevölkerung nach einer möglichen Verbilligung ihres Hauptnahrungsmittels, dessen Preis ja auch für die anderen Lebensmittel von ausschlaggebender Bedeutung ist, befriedigt, sondern auch diejenigen Elemente ausgeschlossen werden, die sich in der Marktlagezeit unethischerweise zugehangeln haben; der örtliche Handel kommt zu seinem vollen Recht und die Beziehungen zwischen Erzeuger und Verbraucher, d. h. zwischen Stadt und Land, werden gefördert, vor allem aber wird auch die Finanzierung erleichtert, denn auch, wenn die Preise in der vorbeschriebenen Art niedrig gehalten werden, so wird es doch nicht nur den Arbeitern und Erwerbslosen, sondern auch gerade den Rentnern und Beamten nicht leicht sein, die für die Einkeller-

ung benötigten Vorräte auf einmal aufzubringen. Auch diese Frage wird auf dem Wege über die Gemeinden am besten gelöst werden können; daß die Industrie bei der anhaltenden ungeheuren Belastung nicht einspringen kann, ist bereits erwähnt worden. Dagegen rechnet man mit einer Unterstützung durch das Reich, das sich allerdings bis jetzt noch nicht in zureichendem Maße geäußert hat. Die Gemeinden sind aber wohl jetzt eher denn je in der Lage, die Kartoffelversorgung zu finanzieren, da sie die höheren Zuweisungen aus den Einkommensteuern erhalten haben bzw. erhalten. Von ausschlaggebender Bedeutung ist ferner, daß die Erzeugerorganisationen, wie man hört, bezüglich der Zahlungsbedingungen durchaus und weitgehend entgegenkommen. So nimmt z. B. der Volkswirtschaftsverband in Plau (Mecklenburg), der von den führenden Kreisen des Landbundes gegründet ist, von den Gemeinden Abzehr über je ½ der Restbestände für 4, 8 und 12 Wochen. Wenngleich sich durch das erforderliche Diskontieren der Abzehr der Preis um etwa 5 Pfa. erhöht, so dürfte doch auf diese Weise die Gewähr für ein Zustandekommen und Befriedigen des Wunsches der Gemeindefürsorge gegeben sein.

Aus dem Landreise Bochum.

Rückkehr vom Landaufenthalt.

Das Kreiswohlfahrtsamt Bochum-Land hat die Rückbeförderung der auf dem Lande untergebrachten Kinder aus dem Landreise Bochum, welche zurückkehren wollen, in die Wege geleitet. Die Verwaltungen der Aufnahmestellen werden durch Umfrage in ihren Bezirken diese Kinder feststellen und sie an einem Tage gemeinschaftlich zurücksenden. Die Rückkehr wird im Laufe der ersten Hälfte des Monats Oktober erfolgen. Eltern, die die Heimkehr ihrer Kinder bis zu diesem Zeitpunkt wünschen, tun gut, die Pflegeeltern ihrer Kinder sofort brieflich zu bitten, die Kinder für den demnächstigen Rücktransport bei dem Gemeindevorsteher des Aufnahmestortes oder beim zuständigen Kreiswohlfahrtsamt anzumelden. Kinder, die sich nicht dem Sammeltransport anschließen, müssen allein reisen. In diesem Jahre werden Sammeltransporte nicht wieder aufzunehmen. Als Aufnahmestellen kommen in Betracht die Kreise Lillit, Neustettin, Dramburg, Saakig, Versenbrück, Hoffelsmar, Minden, Burgdorf, Osterholz, Hannover-Lind, Wiedenbrunn und Ostpreußen. In den letzten Jahren hat immer mehr die Beobachtung gemacht werden können, daß Angehörige von Kindern sich den Kindertransporten anschließen wollen. Die Mitfahrt von Angehörigen kann unter keinen Umständen zugelassen werden, weil einmal die Zahl der Erwachsenen (Begleiter) nach den für die Gewährung von Fahrpreisermäßigungen geltenden Bestimmungen der Bahn beschränkt ist, und dann auch nur soviel Platz zur Verfügung steht, wie für die vorgemerkten Kinder, deren Zahl der Bahn vorher mitgeteilt werden muß, erforderlich ist. Im Falle der Zulassung von Angehörigen würde also der Platz für die Kinder beschränkt werden. Es muß daher dringend darauf gewarnt werden, die Kinder, wie es früher vielfach geschehen ist, kurz vor ihrer Abreise vom Lande zu besuchen mit dem Vorhaben, mit dem Kindertransport zurückzukehren. Für Begleitung der Kinder, mit der meistens das Verlangen nach Mitfahrt begründet wird, sorgt das Wohlfahrtsamt.

Sordel, 24. Sept. Neuanmeldung für Wohnungssuchen. Im Gemeindebüro in Sordel, Zimmer 2, werden Neuanmeldungen für Wohnungssuchen entgegengenommen. Die bisherigen Eintragungen in der Wohnungsliste bleiben nur gültig, wenn eine nochmalige Anmeldung und zwar bis zum Sonnabend, den 4. Oktober d. N., erfolgt. Von diesem Zeitpunkt an wird die Wohnungsliste bis auf weiteres geschlossen und Anmeldungen nicht mehr entgegengenommen.

Aus Stadt und Amt Wattencheid.

Die amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Wattencheid werden regelmäßig im Märktischen Sprecher veröffentlicht. — Der „Märktische Sprecher“ liegt zum Verkauf aus in der Buchhandlung Fris Ahlmann, Wattencheid, Knochstraße 76.

li. Wattencheid, 24. Sept. Feierschicht. Infolge eines Defektes am Luftkompressor mußte die Belegschaft der Zeche Holland 3-4 Dienstauftrag morgen 11 Uhr ausfallen. Ebenso konnte dieserhalb auch die Nachmittagschicht nicht anfahren. Auch am vergangenen Samstag mußte die Belegschaft infolge Unfalls von Waggons mangels feiern. — Immer das alte Lied. Ein in betrunkenem Zustand von Gelsenkirchen nach Wattencheid zurückkehrender Mann verlor auf der Dörflerstraße von der fahrenden Straßenbahn abzuheben, kam jedoch zu Fall und blieb liegen. Die Polizei brachte den Mann zu seiner eigenen Sicherheit zur Wache. — Vom Arbeitsamt. Der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises für Stadt und Amt Wattencheid hat die Herabsetzung der Beitragshöhe zur Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge auf 1. Oktober 1924 von 3 auf 2½ Proz. beschlossen. Von diesem 2½ Proz. wird 1 Proz. je zur Hälfte an die beiden Ausgeschickten der ab 1. Sept. errichteten Gefangenen-Gemeinschaft abgeführt, während nur 1½ Proz. zur Deckung sämtlicher Ausgaben des Arbeitsnachweises und der Erwerbslosenfürsorge verbleiben. — Einiges vom Wochenmarkt. Während letzten Freitag der Besuch des Wochenmarktes infolge Geldmangels äußerst schwach besetzt war, entwickelte sich am Dienstagmarkt ein ziemlich reger Betrieb. In großer Menge wurde Obst angeboten, während die Gemüseanfuhr recht schwach war. Die Kaufkraft für Weintrauben, Äpfeln und Pflaumen war sehr groß. Die Preise bewegten sich auf derselben Höhe wie am Freitag. — Bühnenaemien. Am Sonntag führte die Bühnengemeinschaft im Wiedenbrunn Saale das Schauspiel „Mutter-

legen“ auf. Die Aufführung war eine sehr gute und wurde vom Publikum mit nicht endenwollenem Beifall belohnt. Von den Darstellern tat jeder ein gutes Stück, um dem Publikum wirklich Gutes zu bieten. Die Bühnengemeinschaft kann, da der Besuch gut war, mit ihrem Eröffnungsaufführung zufrieden sein. Sonntag findet eine Wiederholung statt, deren Besuch jedem empfohlen werden kann. — Ihre Silberhochzeit feiern Samstag, 27. d. M., die Eheleute Bergmann Josef, 51 Jahre alt, und Frau Maria geb. Bartel von hier Kallstraße 81.

li. Sordel, 24. Sept. Vom Walzwerk. Wie verlautet, hat die Firma Söcker, Unternehmen für Hoch- und Tiefbau, den größten Teil der ausgebeert gewordenen Bauarbeiter wieder eingestellt, so daß die Arbeiten fast in vollem Umfange wieder aufgenommen sind. Das große Verwaltungsgebäude ist soweit fertiggestellt, daß es in kurzer Zeit bezogen werden kann. Das neue Portiergebäude trägt bereits die Aufschrift „Bochumer Verein“. Infolge des anhaltenden Regenwetters sind auf dem Vorplatz des Portiergebäudes Wasserbäche, namentlich in dem Tunnel, entstanden. Die Arbeiten zur Beseitigung dieser Durchlässe sind bereits aufgenommen. Der Wassersturm ist vollständig, der Gasometer fast fertiggestellt.

li. Wiedenbrunn, 24. Sept. Verhaftet wurde hier ein etwa 40-jähriger Bürobeamter wegen Sittlichkeitsvergehens. Er wurde dem Amtsgericht ausgestellt.

*** Leithe, 24. Sept.** Eine Gemeinderatssitzung findet Donnerstag nachm. 5 Uhr im „Gedächtnis“ statt. — Der evang. Frauenverein Leithe veranstaltet für Frauen und Männer am Donnerstag, 2. Okt. d. N., ein großes Kaffeestücklein bei Vorstmann an der Weststraße. Bei dieser Gelegenheit wird der Frauenverein Frau Warrer Keimath persönlich begrüßen. Zur Verköstigung des Festes werden ein Theaterstück, Deklamationen und zwei Reigen geboten. Pastor Grise aus Rietz hat die Festrede übernommen. Zum Schluß findet eine große Verlosung statt. Der Erlös ist für den evang. Kirchbau bestimmt.

*** Glinnsfeld, 24. Sept.** Tödtlich verunglückt ist auf Zeche Holland 3-4 der Hauer Peter Otto; er geriet unter herabstehendes Gestein und war sofort tot. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe mit 2 Kindern. Die Obduktion der Leiche des Arbeiters Sattler aus der Hammerstraße befindet sich gestern erfolgt. Die Leiche wurde zur Beerdigung freigegeben.

Aus der Nachbarschaft.

Gemeinderat Wanne.

*** Wanne, 24. Sept.** In der Gemeinderatssitzung wurde die Rechnung der Gemeindekasse für das Jahr 1922, die in Einmahnungen mit 931 743 027,77 Mark, in Ausgaben mit 645 845 009,95 M. abschließt, angenommen. Zur Aufklärung von Grundstücken der Gesellschaft Kanalhafen 1 an die Sagenbetriebsgesellschaft ist mitzuteilen, daß für die Aufklärung mehrere Grundstücke in Frage kommen in der Gemarkung Wanne, Grange, Bauland, Herden. Aus Anlaß der Aufklärung der Gesellschaft Kanalhafen 1 sollen die dieser noch gehörenden Grundstücke an die Sagenbetriebsgesellschaft Wanne-Sagen überlassen werden. Es handelt sich noch um Grundstücke in der Gemarkung Gollershausen. Der Hauptauschuß schlägt der Gemeindevertretung die Aufklärung vor. Der Antrag wurde angenommen. Beigeordneter Oberbevermann wurde zum Vorstehenden und Untervorsteher des Kaufmanns- und Gewerbegerichts gewählt. Der Hauptauschuß schlägt der Gemeindevertretung vor, den Gemeindevorsteher mit Wirkung vom 1. Sept. 1924 auf für die Teilnahme an Sitzungen der Gemeindevertretung den nachgemessenen Lohnausfall als Sitzungsentlohnung zu zahlen. Der Vorlage wurde nach längerer Debatte zugestimmt.

*** Herne, 24. Sept.** Stadtverordnetenitzung. Vorgesetzt wurde ein großer Tag im Rathaus erwartet. Besonders gespannt war man auf die Mitteilung der Verwaltung über die aufgedeckten Unterschlagungen. Aber die erwartete Sensation blieb aus und wurde auf Dienstag verlegt. Beim Punkt Bestimmung der Vertreter zum 6. Deutschen Städtetag wurde beschlossen, zwei Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und ein Magistratsmitglied zu entsenden. Nun war man sich nicht darüber einig, ob mit Stimmenmehrheit oder nach der Verhältniswahl diese Wahl vorgenommen werden sollte. Die Kommunisten und Sozialdemokraten sprachen für Verhältniswahl; sie verließen, als die Abstimmung eingeleitet wurde, den Saal. Da auf der bürgerlichen Seite drei Mitglieder fehlten, war die Tätigkeit des Kollegiums lahmgelegt. Vorher Meier vertagte auf eine Viertelstunde. Nach Wiederaufnahme war man sich klar, daß eine Vertagung auf Dienstag zweckmäßiger wäre, um allen Einwendungen gegen die Rechtmäßigkeit der Versammlung von vornherein zu begegnen.

Die Unterschlagungen im Herne Arbeitsamt bildeten Gegenstand eingehender Verhandlungen in der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag. Bürgermeister Dr. Sülkamp gab einen Bericht über die Untersuchung der Unterschlagungen. Er schloß die Einsetzung eines gemischten Untersuchungsausschusses vor. Auf den Namen des aus der Erwerbslosenfürsorge Ausgeschickten Kaufmann sei weiter Erwerbslosenunterstützung ausgesetzt worden. Der Stadtkämmerer Stadtschreiber wurde verhaftet. Darauf stellte sich Stadtkämmerer selbst der Polizei mit der Bezeichnung, Verhaftungen begangen zu haben auch belästigt er andere Beamte des Rathauses. Es wurde festgestellt, daß ein unglückliches Zusammenstoßen von Kasse und Arbeitsamt stattgefunden hatte, was weitere Verhaftungen zur Folge hatte. Der am Starnberger See seine Urlaubstage verlebende Stadtkämmerer Rappenberg, der gleichfalls schwer belästigt war, wurde auf telegraphische Anweisung hin in München verhaftet und nach Herne überführt. Insgesamt sind drei Stadtkämmerer und 4 Hilfsarbeiter verhaftet worden. Außer-

dem befindet sich ein Beamtenanwärter der Kasse in Untersuchung, dem jedoch Untreue bisher nicht nachgewiesen ist. Gegenwärtig ist ein vereidigter Richter mit der Nachprüfung der Geschäftsführung des Arbeitsamtes beschäftigt, um den Schaden festzustellen. Von den Verhafteten sind zur Deckung Vermögensstücke beschlagnahmt worden. Die Größe des Schadens lasse sich noch nicht übersehen. Der Treuhänder habe bis jetzt nichts weiter ermittelt, als was die Verhafteten eingestanden. Er habe den Einbruch, daß es für ihn eine überhaupt ziemlich unmögliche Aufgabe sein werde, den Umfang der Betrügereien festzustellen, weil nicht feststehe, ob alle Akten noch vorhanden sind. Es seien blinde Konten gar nicht vorhandener Erwerbsloser geführt worden. Geldeinzahlung erfolgte vielfach ohne Quittung. Die Kasse habe verlangt, weil die Beamten verhaftet hätten. Durch die Affäre habe das Ansehen der Stadt Herne und ihrer Beamten gelitten. Zur Ehrenrettung der Beamten stelle er fest, daß das Gros der Beamten brav und pflichtgetreu sei. Die Veruntreuungen liefen bis zum Februar d. N. zurück. In der Aussprache erklärte Stadtk. Dr. Sülkamp (Ztr.), der von den Verhafteten getriebene Aufwand hätte verächtlich erscheinen müssen. Schnelle Klarstellung und eine Reinigung des Beamtenkörpers sei nötig. Stadtk. Rappenberg (Ztr.-Ld.) bemängelte das Fehlen an der nötigen Organisation der höheren Verwaltung. Die zeitweilige Nichtanerkennung erscheine geradezu unzulässig. Es wurde nach weiterer Aussprache ein fünfköpfiger Ausschuss zur Untersuchung der Unregelmäßigkeiten gebildet.

li. Weller, 23. Sept. Zu dem Einbruch in der Konsumant, über den wir vorberichtet haben, berichteten, und über die ebenfalls berichteten Verhaftungen erfahren wir noch folgendes: Von einem Hilfsarbeiter war beobachtet worden, daß bei dem Diebstahl drei Leute beteiligt waren, die etwa gegen 3 Uhr morgens im Auto in lang-samer Fahrt vorbeifuhren. Es wurde angenommen, daß dieses Auto mit dem Diebstahl im Zusammenhang stand und die Stoffe nach Elberfeld oder Barmen gebracht hat. Dieser Spur ist die Kriminalpolizei Wannenfeld nachgegangen und in Welford derselben hat sie am Mittwoch zwei Ungeheuer der Konsumant, die in Elberfeld wohnen, festgenommen. Bei einer Hausdurchsuchung wurden Warenbestände in einem ganz erheblichen Werte vorgefunden und nach Wannenfeld gebracht; zum Transport waren zwei Autos notwendig. Ob diese Diebstähle und fortgesetzten Veruntreuungen mit dem Diebstahl vom 29. Aug. zusammenhängen, müssen erst die weiteren Nachforschungen ergeben. Jedenfalls steht die Tatsache fest, daß die Polizei damit ganz erheblichen Veruntreuungen ein Ende gesetzt hat.

zr. Baal, 24. Sept. Zu den ältesten Bewohnern unserer Gemeinde gehört die Witwe Leichterholt im Wannenfeld. Die Greisin konnte am vergangenen Sonntag ihren 78. Geburtstag im Kreise ihrer Kinder und Enkelkinder erleben. Der Frauenverein Baal, zu dessen rührigsten Mitgliedern Frau Leichterholt von jeher gehörte, ehrte sie durch Darbietung einiger Lieber. Frau Leichterholt erfreut sich in ihrem hohen Alter einer seltenen geistigen Frische und körperlichen Mäßigkeit.

zr. Wiedenbrunn, 24. Sept. Wertung der alten Bergeshalde. Die alte Bergeshalde der stillgelegten Schächte „Friedrichs-Rachbar“ an der Deimkestraße schwindet immer mehr dahin. Dieser Schacht, dessen ausgehöhltes Schachthaus an obiger Stelle gelegen ist und das zu Wohnzwecken umgewandelt ist, dient seit längerer Zeit nicht mehr der Förderung von Kohlen, sondern zur Bewässerung der unterirdischen Grubenbaue. In Betrieb genommen wurde der alte Friedrichs-Rachbar-Schacht im Jahre 1869. Da in jener Zeit noch nicht die jetzigen bergpolizeilichen Vorschriften über Bergverfall und das Ausfüllen der abgebauten Höhle mit entsprechendem Material bestanden, konnte man die bei dem Treiben der Straßen und Quer-schläge gewonnenen Erds- und Steinmassen am Tage auf Halben kippen, was ein sehr billiges Verfahren darstellte. Man wurde auf eine bequeme Art und Weise dieses Materials, das die Kippfläche, die das Entleeren der Wagen auf den Steinhalben befordern, gewöhnlich mit einem Mann bedient wurden. Die einzige größere Ausgabe bestand in dem Anfahren der zum Aufkippen der Masse benötigten Ländereien. So verschwand manches Stück Grundland unter den schwarzen Massen. Heute nun, wo durch den Pfeilerbetrieb ungeheure Mengen von Material benötigt werden zur Auffüllung der durch den Grubenbetrieb geschaffenen unterirdischen Hohlräume finden diese alten Bergeshalde eine gute Verwendung. Die mächtigen Aufschüttungen in unmittelbarer Nähe der Schachthäuser treten allmählich wieder den Gang in ihr unterirdisches Reich an, dem sie ihr Herkommen verdanken. So verschwindet auch die vom Friedrichs-Rachbar-Schacht in das Tal der Deimke gekippte Bergeshalde nach und nach von der Wülfelstraße. Die ebenfalls zu der Schachthalden „Friedrichs-Rachbar-Baaker Wülfel“ gehörige Steinhalde an der Südseite der Zeche, welche sich nach der Ruhr zu hinzieht, hat in den letzten Jahren nach dem Kriege ebenfalls eine gewaltige Abtragung erfahren. Verwendungs fand hierbei ein Wagger, der mit seinem „Löffel“ den Bergeshutt sofort in die Förderwegen transportierte. Hier hat man nur soviel von der alten Halde stehen lassen, als wie zur Erhaltung des Fundamentes des Mangelerleises der Zeche, welche auf diesem aufgeschütteten Boden liegen, vonnöten war.

*** Wiedenbrunn, 24. Sept.** Wirtschaftshand. Wie vom Wirtschaftsverband für Handel und Gewerbe des Kreises Hattingen mitgeteilt wird, findet in den nächsten Tagen eine besonders wichtige Ortsgruppen-Versammlung statt, um zu der gewerbesteuerlichen Belastung Stellung zu nehmen.

*** Hattingen, 24. Sept.** Eine Ueberflutung der unteren Stadtteile wurde durch den Regen herbeigeführt, der wochenlang andauernd niederging. In manchen Stellen strömte das Wasser mit solcher Wucht über die Straßen, daß die Verbindung mit den äußeren Vororten unterbrochen war. In den Gärten, namentlich an den Hängen, sind die Verwüstungen durch das Unwetter groß.

Ein Stadtarzt schreibt uns: „Odol“ übertrifft als prophylaktisches Mundwasser weit alle bisher gebrauchten, von Spezialisten und Nichtspezialisten angepriesenen Zahnpulver und Mundwässer. Selbst Kalium permanganicum steht in seiner Wirkung dem „Odol“ nach. Denn abgesehen davon, daß übermangansaures Kali nach monatelangem Gebrauche den Zahnschmelz angreift und ihn brüchig macht, werden die Zähne nach jedesmaligem Gebrauche unangenehm braun gelb gefärbt, welches Kolorit stundenlang anhält. Diese Nachteile werden beim „Odol“ vermieden. Kein Mundwasser oder Zahnpulver vermag in so kurzer Zeit den höchst lästigen foetor ex ore (übler Mundgeruch) zu verbannen wie das „Odol“.

Essener C
Wilhelmstraße

Antliche F

Für drabl. Auszahl.	Geld.
Holland	Frank.
Belgien	Kron.
Norwegen	
Dänemark	
Schweden	Lire
Italien	Pfund
England	Doll.
Amerika	Frank.
Frankreich	Pes.
Schweiz	Kron.
Spanien	Doll.
Dtsch.-Ost.	Kron.
Polen	Pol.
Ungarn	Ung.

Bei den Davis

und London eine

Kopenhagen, Stock

Prag 10 Einheiten.

* Weitere

stellung? Es

stellt darüber, ob

lung des Goldm

Altien über 50

werden soll.

Es

daß eine beratig

dem Erlaß einer

* Das Tag

tenwerten. Wie

in einigen Brau

teressante Verfu

an Geschäftspu

besserungen gema

billität der Erzeu

ges wird, eine ei

und Werkzeug b

währt haben.

Stungsberrechnu

erheblich gebesser

nach in den Anst

spektiven für den

* Roggenze

hen 12 und 13

rentenbank A-G

iner Briefe ausgeh

den Briefen folg

nächsten Tagen

weist darauf hin

b. J. fälligen B

vom 15. bis 22

Roggenburchschm

Markt je Zentner

verbrief eine Ver

2,59 M. Da d

jahr zu einem A

je Zentner ermo

effektive Verzin

apitalis.

* Schwel

jugend. In d

ang berichte die

der Familienun

nen Vertigen

Seider hätten sic

verzögert als

für die Sanierun

schweben aus

den Gruppen e

ande, und die

Verammlung h

verhandlungen i

richtete der Vor

aufene Geschäft

die gesamte Kul

jänge beeinflusst

ang wurde hier

ernünftige Dar

ie doch gewis

leben wurde.

den ersten Mon

